Z 20982 E

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Dezember 1977

Evangelische Verantwortung

Heft 12/1977

Über die Macht der Unwissenheit

Lieber Leser!

„Wissen ist Macht". An diesen Satz sind wir seit langer Zeit gewöhnt. Aber daß das täglich wachsende Gesamtwissen der Menschheit notwendigerweise eine abnehmende Rate des Anteils bedingt, den der einzelne am Gesamtwissen erwerben kann, ist uns weit weniger bewußt. Insbesondere haben wir ganz offenbar zu wenig darüber nachgedacht, was es für den einzelnen und auch für die Gesellschaft bedeutet, daß wir alle den Gesamtzusammenhang der menschlichen Einwirkungen auf unsere Umwelt und die Geschehnisse in dieser Welt nicht mehr überblicken können und daß der Bereich, in dem wir uns noch einigermaßen auskennen, immer kleiner wird.

Dieser Vorgang hat indessen wesentliche Auswirkungen auf unsere Fähigkeit, diese Welt, daß heißt ihre Lebensbedingungen so zu ordnen, daß sie dem einzelnen die Freiheit zur Persönlichkeitsentfaltung und d. h. vor allem zur Mitverantwortung in Familie und Gesellschaft sichern.

Wenn wir als Christen die Mitverantwortung der Kirchen für die politische Gestaltung der Welt und ihrer Zukunft bejahen, dann müssen wir uns daher auch mit der schnell und immer schneller wachsenden Großmacht Unwissen auseinandersetzen. Wissen ist zwar Macht, aber der Bereich des Unwissens wächst schneller und kann von Wissenden als Macht über die Unwissenden mißbraucht werden.

Man kann die Gefahr, in die wir durch zu wenig Beachtung dieser Entwicklung geraten sind, an einer Reihe von Beispielen aus unserer jüngsten Geschichte deutlich machen. Ein besonders krasses Beispiel ist die im politischen Bereich geführte Diskussion über die Ursachen unserer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Krise.

Aus Unkenntnis der Bedingungen und der funktionalen Kausalität des marktwirtschaftlichen Systems werden die Ursachen für Inflation und Arbeitslosigkeit als Fehler der marktwirtschaftlichen Ordnung gedeutet, obwohl es sich ganz offenbar um Fehlentscheidungen gegen die Soziale Marktwirtschaft handelt. Es nutzt bedauerlicherweise auch nur wenig, daß die berufenen Sachverständigen, der Sachverständigenrat, die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und die Bundesbank diesen Sachverhalt immer wieder schriftlich und mündlich festgestellt haben. Unwissen ist augenscheinlich durch einfache „Mitteilungen an Jedermann", – etwa durch Zeitungen und Zeitschriften – kurzfristig nicht zu erschüttern.

Diese Widerstandsfähigkeit des Unwissens hat für die Wirtschaftspolitik schlimme Folgen. Sie hindert die zeitgerechte Anwendung der zur Überwindung der Krise notwendigen Maßnahmen.

Wenn man sicher mit Recht annimmt, daß Willy Brandt als Bundeskanzler selbst zu den im wirtschaftspolitischen Bereich Unwissenden gehörte – die zahlreichen Rücktritte von Ministern und Staatssekretären im Bereich von Wirtschaft und Finanzen deuten darauf hin – darf man unterstellen, daß Bundeskanzler Schmidt doch mehr davon weiß. Er hat sich aber im Bereich der Ordnungspolitik mit zahlreichen, zum Teil sehr einflußreichen Unwissenden in den Koalitionsfraktionen und seiner eigenen Partei auseinanderzusetzen.

Die Folge ist, daß als notwendig erkannte Korrekturen zu spät oder nur halbherzig ausgeführt werden können. Häufig stießen z. B. die Vorschläge des Wirtschaftsministers bereits auf Widerstände in den Fraktionen der Regierungskoalition. In anderen Fällen wurden sie aus Rücksicht auf bevorstehende Wahlen unterlassen oder aufgeschoben. Mit anderen Worten, man fürchtete sich davor, daß im wohlverstandenen mittelfristigen Interesse der Bürger zu ergreifende Maßnahmen, die kurzfristig Unbequemlichkeiten oder Nachteile mit sich gebracht hätten, weder als notwendig noch als letzten Endes nützlich erkannt würden.

Die schlimme Folge sind Inflation und ihre „Tochter" die Arbeitslosigkeit.

Schlimmer noch ist der Umstand, daß bisher von der Seite der Regierung fast nichts geschieht, um die Einsicht der Bürger in die marktwirtschaftlichen Zu-

sammenhänge so zu verbessern, daß ihre Interessen in Zukunft besser wahrgenommen werden könnten. Die Regierung widerspricht noch nicht einmal den zahlreichen Stimmen aus dem Bereich der Hochschulen, Schulen und Gewerkschaften, die den Anschein erwecken wollen, das Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft sei schuld an unseren wirtschaftspolitischen Nöten. (Daß es die vielgescholtene Weltwirtschaft nicht war, daß vielmehr der Export bis zum Vorjahr unsere eigenen wirtschaftspolitischen Fehler wenigstens teilweise ausgeglichen hat, hat sich offenbar herumgesprochen).

Durch nichts könnte die unheimliche Macht des Unwissens deutlicher werden, als durch dieses Schweigen der Bundesregierung. Sie weiß, daß die gegen die Marktwirtschaft vorgebrachten Argumente sachlicher Nachprüfung nicht standhalten. Aber sie schweigt aus Sorge, daß ihre Widerstände gegen solche Scheinargumente aus Unkenntnis falsch gedeutet werden und damit bei zukünftigen Wählerentscheidungen nachteilig wirken könnten.

Ein anderes ebenso tragisches Beispiel ist die Krise, die wir im Bereich der großen Versicherungssysteme, der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung vor uns sehen, oder besser gesagt, in die wir uns durch guten Willen und mangelnde Einsicht selbst hineinmanövriert haben.

Auch hier stand Unkenntnis am Anfang und leitete eine schwere Fehlentwicklung ein. Dann führten Furcht vor der Unwissenheit der Bürger zunächst zur Täuschung und Tatenlosigkeit und schließlich zu gefährlichen Fehlentscheidungen im Sommer 1977, die neue Krisen hervorbringen müssen.

Hätte man die Risiken rechtzeitig erkannt, die durch eine breit angelegte Überforderung der Volkswirtschaft für die Versicherungssysteme herbeigeführt wurden und wenigstens danach unverzüglich die Betroffenen rückhaltslos aufgeklärt, wären auch schmerzliche Korrekturen akzeptiert worden.

Statt dessen operiert die Regierung weiterhin unter dem Druck, der durch Unwissen fehlgeleiteten Erwartungen ihrer Wähler und versäumt die notwendigen Reformen. Solche Reformen müßten allerdings eine wesentlich größere Mitverantwortung der Versicherten im Gesundheitsbereich einschließen, zu der die notwendige Bereitschaft aber wiederum nur durch bessere Information der Betroffenen geschaffen werden könnte.

Politik für den Menschen, also Politik gegen das Unwissen? So könnte man etwas zugespitzt formulieren. Denn in der Demokratie kann sich auf die Dauer kein Ordnungssystem halten, das nicht von der Mehrheit der Bürger verstanden und mitgetragen wird.

Warum ist aber das Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Lande noch immer so wenig verstanden und damit so stark gefährdet?

Ein Hauptgrund ist ganz offenbar, daß die Bundesregierungen, die das Verdienst hatten, nach der Währungsreform im Jahre 1948 die Soziale Marktwirtschaft in die Wirklichkeit zu übertragen, nicht rechtzeitig erkannten, daß diese auf der Idee der verantworteten Freiheit errichtete Ordnungsvorstellung ohne eine grundsätzliche Zustimmung und ein Mindestmaß von Wissen über ihre Bedingungen durch die Bürger bei den Bürgern nicht erhalten werden kann. So unterblieb eine planmäßige Aufklärung, vor allem in den Schulen. Man erfuhr zwar, daß die marktwirtschaftliche Ordnung gut sei, aber man lernte nicht, auf welchen Zusammenhängen ihre offenbar wohltätigen Wirkungen beruhten. So konnte es dazu kommen, daß man schon in der Mitte der sechziger Jahre zu vermuten begann, nun sei mit der Zeit des Aufbaus auch die Zeit der Sozialen Marktwirtschaft abgelaufen.

Der andere Hauptgrund für das angesichts der großen Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft erstaunliche Unwissen über ihre Wirkungsweise sind die ideologischen Dauerangriffe aus dem weiten Bereich marxistischer, spätmarxistischer oder neomarxistischer Ideologie.

So weit diese auch in ihren Auffassungen und Zielen voneinander abweichen mögen, so verbindet sie doch alle die Ablehnung oder zumindest ein tiefes Mißtrauen gegenüber dem marktwirtschaftlichen System.

Kernstück ist die Verteufelung des Gewinns der Unternehmungen als „Profit", als Ergebnis unternehmerischen Eigennutzes, überholter Herrschaftsverhältnisse usw. Unternehmer werden zu negativen Symbolfiguren der „überholten", „unmenschlichen", „korrupten bürgerlichen Klasse" gestempelt, von denen Gutes nicht kommen kann. Eine Soziale Marktwirtschaft ist für die Vertreter dieser Gruppe kaum vorstellbar. Sie halten das Wort sozial im Zusammenhang mit Marktwirtschaft für pure Heuchelei und gehen in ihrer Ablehnung der marktwirtschaftlichen Ordnung bis zu blindem Haß und der Empfehlung von Gewalt!

Mit anderen Worten: Man hat sich selbst durch eine a priori gefällte Entscheidung, die analytisch auf den Umständen des sich industrialisierenden Europa im vorigen Jahrhundert aufbaut, die praktische Möglichkeit genommen, über die Qualität der in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts als Antwort auf die Fehlentwicklungen des vergangenen 19. Jahrhunderts entwickelten Ideen der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt zu beschäftigen. Statt dessen hat man sie durch das negativ geprägte Schlagwort „Kapitalismus" zu einem Buhmann für Millionen vor allem junger Menschen gemacht.

Daß einem beträchtlichen Teil der jungen Generation durch diese Tabuisierung die Beschäftigung mit einer Ordnung verwehrt wurde, die dem christlichen Menschenbild wie keine andere bisher erdachte entspricht, gehört zu der tragischen Geschichte des Terrorismus unserer Tage.

Während also einerseits die Unkenntnis der Sozialen Marktwirtschaft unter den Bürgern einschließlich vieler Amtsträger die Regierungen im letzten Jahrzehnt daran gehindert hat, die wirtschaftlichen und sozialen Leistungsmöglichkeiten dieser Ordnungsidee voll zu nutzen, ist andererseits Unkenntnis auch der Hauptgrund für die gegen sie gerichteten Angriffe.

Dr. Philipp von Bismarck, MdB, ist Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU; gleichzeitig ist er EAK-Vorsitzender im Landesverband Hannover.
Im Bereich der EKD gehört er der Kammer für Soziale Ordnung an.

Eine wissenschaftlich ernst zu nehmende Kritik der Sozialen Marktwirtschaft als Ordnungssystem gibt es bisher nicht. Ihre Gegner, die in ihr lediglich eine neue Form des Kapitalismus sehen, nutzen vielmehr die weithin gesicherte Unkenntnis und begnügen sich mit Unterstellungen und antikapitalistischen Schlagworten. Diskussionen mit Kennern oder politischen Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft werden gemieden oder verhindert. Die Unkenntnis wird verteidigt, hier und da sogar mit Gewalt.

Unwissen als politische Macht auch in der Demokratie? Offenbar gibt es das und geht uns alle an. Vor allem auch unsere Kirchen, wenn sie sich, was sie sollten, nicht nur für den einzelnen sondern auch für die Ordnungen interessieren, die das Leben des einzelnen in der Gemeinschaft entscheidend bestimmen.

Was können wir tun? Die Antwort ist im Prinzip einfach. Die Kirche muß selbst bei sich die Macht des Unwissens vermindern. Soziale Marktwirtschaft oder Neomarxismus, das ist auch für die Kirche eine brennende Frage. Sie muß sich endlich sachkundig machen, damit sie hilfreich mitreden kann.

Vielleicht bieten ruhige Stunden während der Weihnachtstage uns die Möglichkeit, einmal über dieses uns alle angehende Problem nachzudenken und mit Freunden zu sprechen.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich eine gesegnete Weihnacht.

Ihr

Kurz notiert

Drei neue Kirchentagspräsidenten

Fulda: D. Klaus von Bismarck (65), Dr. Erhard Eppler (51) und Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker (57) sind am 28. Oktober von der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentages für die nächsten sechs Jahre zu Präsidenten gewählt worden. Die Wahl erfolgte einstimmig. Der neue Dreiervorstand löste Dr. Heinz Zahrnt, Prof. Dr. Kurt Sontheimer und Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon im Amt ab.

Klaus von Bismarck und Richard von Weizsäcker gehören seit vielen Jahren dem Kirchentagspräsidium an. Von Weizsäcker war bereits von 1964 bis 1970 Präsident des Kirchentags. Erhard Eppler ist der Kirchentagsarbeit ebenfalls seit langem als Referent und Mitarbeiter in den Arbeitsgruppen verbunden.

In das Präsidium des Kirchentages wurden von der Präsidialversammlung sechs neue Mitglieder turnusmäßig gewählt. Es sind dies die Ärztin Dr. Barbara Brandes (36) aus Bardowieck bei Lüneburg, Prof. Dr. Heinz Griesinger, Leiter der Zentralabteilung Ausbildung bei der Robert Bosch GmbH (Stuttgart), Bischof Dr. Martin Kruse (48), der Gastgeber des letzten Kirchentages in Berlin, Prälat Hermann Riess (63) aus Stuttgart, Pfarrerin Christa Springe (50), Mitglied der Leitung der Evangelischen Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Mainz), sowie Propst Dr. Trautwein (49) aus Frankfurt (Main). Barbara Brandes und Hermann Riess haben bereits dem Präsidium des Kirchentags angehört. Auf eine Wiederwahl verzichten Kirchenpräsident D. Helmut Hild (Darmstadt), Stadtdekan Peter Kreyssig (Stuttgart), Landgerichtspräsident Rudolf Mädrich (Limburg) und Georg Schniewind (Wuppertal). Dem Präsidium gehören 24 Mitglieder an.

2. Freiburger Gespräch

Freiburg: „Ethische Maximen der politischen Verantwortung" hieß das 2. Freiburger Gespräch, welches von seiten des Evangelischen Arbeitskreises mit kirchlichen Mitarbeitern des Kirchenbezirks Freiburg geführt wurde.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden des EAK, Professor Dr. Roman Herzog, wurden in der anschließenden Gesprächsrunde unter Leitung des Freiburger Dekans Ronecker Fragen nach dem Stellenwert christlicher Grundwerte in der Politik und wie diese im Bereich der Wirtschaft, des Rechtes und der parlamentarischen Arbeit aussehen, lebhaft diskutiert.

Aus dem Inhalt

Über die Macht der Unwissenheit 1
Philipp von Bismarck

Von der Orientierung zur Identifizierung — Ein Beitrag über den 14. Parteitag der DDR-CDU 4
Gisela Helwig

Weissbuch zur Frage der Menschenrechte — Eine Dokumentation der CDU/CSU Bundestagsfraktion 7

Kurz notiert 10

Buchbesprechungen 11

Grußwort von Bischof Schönherr an die EKD-Synode 12

Aus unserer Arbeit 13

Evangelischer Arbeitskreis der ÖVP konstituiert 16

Von der Orientierung zur Identifizierung — Ein Bericht über den 14. Parteitag der DDR-CDU

Gisela Helwig

Als der Evangelische Arbeitskreis der Unionsparteien anläßlich des Deutschen Evangelischen Kirchentages im Juni dieses Jahres in Berlin in seiner Publikationsreihe zwei von Dr. Gisela Helwig verfaßte Broschüren zum Thema „Christ sein in der DDR" vorlegte, fand er damit viel Zuspruch. Als hervorragende Kennerin der DDR berichtet und kommentiert die Autorin nunmehr nachfolgend den 14. Parteitag der DDR-CDU.

Rund 1 300 Delegierte der DDR-CDU kamen am 12. Oktober im Dresdner Kulturpalast zusammen, um drei Tage lang ihre Treue zum Sozialismus zu bekunden. Wolfgang Heyl, einer der drei stellvertretenden Vorsitzenden, brachte die Entwicklung seiner Partei auf eine griffige Formel: Von der *„Orientierung auf die Kraft der Arbeiterklasse"* sei man zur *„Identifizierung in Grundfragen ihrer Politik und Moral"* gelangt.

Genau 25 Jahre sind vergangen, seit sich die DDR-CDU 1952 auf ihrem 6. Parteitag bedingungslos dem Führungsanspruch der SED unterordnete. Die Basis des „christlichen Sozialismus" war damit endgültig aufgegeben. Die DDR-CDU versteht sich seitdem als *„einschränkungslos sozialistische Partei"* mit der Zielgruppe „christlicher Kreise". Zwar ist sie mit 115 000 Mitgliedern die größte der vier Blockparteien, doch echten politischen Einfluß übt sie ebensowenig aus wie LDPD, NDPD oder DBD, die ebenfalls in diesem Jahr Parteitage abhielten, um ihre Anhänger auf die Zielsetzung des IX. Parteitages der SED einzuschwören.

Stationen der Unterwerfung

Bereits vor der DDR-Gründung am 7. Oktober 1949 zeichnete sich ab, daß die CDU im anderen Teil Deutschlands den Weg der Anpassung und schließlichen Unterordnung gehen würde. Ihr erster Vorsitzender, Andreas Hermes, und sein Stellvertreter, Walter Schreiber, waren schon im Dezember 1945 wegen ihres Widerstandes gegen die Bodenreform von der SMAD zum Rücktritt gezwungen worden. Ihren Nachfolgern, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, gelang es zunächst, die Partei auf der Grundlage des „christlichen Sozialismus" zu einen. Bei den Landtagswahlen im Oktober 1946, für die Kaiser die Losung ausgegeben hatte *„Christentum oder Marxismus — darum geht es!"*, konnte die CDU rund ein Viertel der Stimmen gewinnen. Doch als Kaiser und Lemmer 1947 ihre Teilnahme am „Ersten Deutschen Volkskongreß" verweigerten, wurden auch sie von der SMAD abgesetzt.

Damit war der Weg frei für Otto Nuschke, der für das Überleben der Partei mit der Aufgabe ihrer Unabhängigkeit zahlte. Er wurde 1948 zum Vorsitzenden gewählt und gilt in der DDR heute als *„Vater der CDU"*.

Wer sich der damals eingeleiteten Unterwerfungsstrategie widersetzte, wer freie Wahlen oder eine parlamentarische Opposition forderte, wer der SED Rechenschaft über politische Prozesse abverlangte, verlor sein Parteiamt und mußte darüber hinaus Festnahme und Verurteilung befürchten. Vielen gelang die Flucht in den Westen, andere verschwanden für Jahre in den Gefängnissen und Zuchthäusern der DDR.

Die Geschichtsschreiber der DDR-CDU charakterisieren diese Vorgänge als *„innerparteilichen Klärungs- und Säuberungsprozeß"*, der *„im wesentlichen mit der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des 5. Parteitages"* seinen Abschluß gefunden habe. Auf diesem Parteitag, im September 1950, konnten die Delegierten erstmals eine Grußadresse der SED entgegennehmen. Der damalige Ministerpräsident Otto Grotewohl orientierte die DDR-CDU in seiner Ansprache darauf, *„den Prozeß des Umdenkens in den kirchlichen Kreisen zu fördern und sie zur vollen Erkenntnis der Friedenspolitik unserer Republik zu führen"*. Ganz in diesem Sinne erklärte Otto Nuschke: *„In der Frage des Friedens gibt es keine Abkapselung ... Die Kirchen können kein Sonderdasein führen ... Die Länder des Sozialismus sind heute der Hort des Friedens, der Verständigung und die Vorkämpfer der Freiheit und Unabhängigkeit für alle Nationen ... Aus dem Osten kommt das Licht — hieß es einst. Wir bekennen heute: Ex oriente pax! Aus dem Osten kommt der Frieden!"*

Für Überraschungen waren die Parteitage der DDR-CDU seitdem nicht mehr gut. Ihr Ablauf wurde und wird maßgeblich von dem Bekenntnis zur jeweiligen Linie der SED bestimmt. Das Ausmaß der Abhängigkeit zeigt sich auch im Verhalten der Delegierten. So galt die erste Ovation jetzt in Dresden nicht etwa dem Parteivorsitzenden Gerald Götting, sondern Albert Norden, Mitglied des SED-Politbüros. Zum zweiten Mal erhob sich das Plenum, um Beifall zu spenden, nachdem die Grußadresse des ZK der SED verlesen worden war. Und zum dritten Mal schließlich, als — wie bei SED-Parteitagen — eine Ehrenformation der Nationalen Volksarmee einmarschierte.

Auf dem Weg von der „Orientierung" zur „Identifizierung" hat die DDR-CDU ihre Identität verloren. In ihrer vom 14. Parteitag geänderten Satzung bezeichnet sie sich als eine *„Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus"*, verpflichtet auf die folgenden *„unverrückbaren Ausgangspunkte des politischen Denkens und Handelns"*:

„— Treue zum Sozialismus,

— vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft und

— Freundschaft zur Sowjetunion"

Wenn man von der zur Leerformel erstarrten Berufung auf das „christliche Ethos" absieht, finden sich in den politischen Äußerungen führender Funktionäre der DDR-CDU kaum parteispezifische Nuancierungen. Johannes Zillig, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Hauptvorstands der DDR-CDU, zog in einem Interview mit Karl Wilhelm Fricke vom Deutschlandfunk die folgende Bilanz des jüngsten Parteitages:

„... mich bewegt nach diesen zweieinhalb Tagen intensiver Beratung vor allem, daß sich bestätigt hat, was auch im Beitrag von Professor Norden zum Ausdruck kam: Die Christlich Demokratische Union in der DDR steht in der Tat auf der Höhe unserer Zeit! Ich will damit sagen, unsere Zeit – das ist die Zeit der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, und wir verstehen das ja nicht als einen abstrakten Begriff – diese entwickelte sozialistische Gesellschaft –, sondern der Sinn des Sozialismus, das ist der Mensch. Es geht um die Menschen, ihre Persönlichkeit, um ihr Wohl, um den Frieden als erste Voraussetzung dieses Wohles, und infolgedessen möchte ich sagen, die entwickelte sozialistische Gesellschaft setzt entwickelte sozialistische Persönlichkeiten voraus – beziehungsweise sie kann nur durch solche gestaltet werden. Und wenn man diesen Anspruch nimmt, möchte ich meinen, die Beratungen, die Diskussionen des Parteitages haben gezeigt, daß die Mitglieder der CDU in der DDR diesem Anspruch vollauf gerecht werden. Sie haben erfahren, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung ihnen hervorragende sachliche gesellschaftliche Voraussetzungen bietet, um solchen Ansprüchen gerecht zu werden. Und von dort her haben wir eben auch unsere Aufgaben für die nächste Zeit abgeleitet."

Zum Ablauf des Parteitags

Zilligs Hinweis auf „Beratungen" und „Diskussionen" ist irreführend. Es gab in Dresden weder das eine noch das andere. Vielmehr folgten dem von Gerald Götting erstatteten Bericht des Hauptvorstandes insgesamt 58 jeweils rund zehnminütige Statements, die ohne Abstriche die derzeitige innen- wie außenpolitische Linie der SED widerspiegelten. Dabei kamen vor allem Vertreter jener Gruppierungen zu Wort, die in der DDR-CDU besonders stark vertreten sind – Lehrer, Künstler, Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Handwerker, Bauern und auch einige Theologen. Sie waren im Laufe dieses Jahres auf besonderen Fachtagungen sowie bei den Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen ihrer Partei umfassend auf die Richtung des IX. SED-Parteitags orientiert worden, den Götting in seinem Referat als Beginn einer *„neuen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung"* feierte. Die dort beschlossene neue Akzentuierung der Hauptaufgabe *„in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"* nahm die DDR-CDU zum Anlaß, ihre Satzung entsprechend umzuschreiben.

Der Verzicht auf jegliche Kritik an Kursänderungen der SED, ja selbst auf eine Diskussion solcher Beschlüsse läßt sich am Beispiel „Handwerk" besonders anschaulich belegen. Als im Oktober 1972 der 13. Parteitag der DDR-CDU zusammentrat, stand die Eingliederung des privaten Handwerks in Produktionsgenossenschaften auf der Tagesordnung. Gerald Götting sagte damals:

„Die PGH verfügen auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse über die besten Voraussetzungen, sozialistische Arbeits- und Lebensformen im Handwerk anzuwenden und dadurch die Reparatur- und Dienstleistungen rasch zu erhöhen ... Die PGH erweisen damit ihre Überlegenheit und nehmen bei der Erfüllung der Versorgungsaufgabe einen besonderen Platz ein.

Weil hier der entscheidende Schlüssel zur Erhöhung der handwerklichen Leistungen liegt, werden wir uns künftig schwerpunktmäßig der Gewinnung weiterer Unionsfreunde aus dem Handwerk für die genossenschaftliche Zusammenarbeit zuwenden."

All jenen müsse geholfen werden, so meinte Götting weiter, die irrtümlich glauben, ihre Persönlichkeitsentwicklung sei am besten durch die *„Erhaltung der Selbständigkeit"* gesichert.

Fünf Jahre später sprach sich die Partei für die *„Weiterführung eingesessener Familienbetriebe"* aus und lobte ihr Vorsitzender im Dresdner Kulturpalast *„die bewährte Politik zur Förderung des Handwerks"*.

Kein Wort davon, daß die SED ihre restriktive Politik gegenüber den privaten Handwerkern erst im vergangenen Jahr modifiziert hat, um die Versorgung der Bevölkerung mit Dienst- und Reparaturleistungen zu verbessern. Eine vorsichtige Erinnerung daran wurde nur dem Klempnermeister Emil Kuhn gestattet, der in Dresden anmerkte, daß man es Handwerkerkindern nicht immer leicht gemacht habe, in den elterlichen Betrieb einzutreten. Für die nun besseren Möglichkeiten dürften die Handwerker nicht nur Dankeschön sagen, sondern sie müßten *„daraus etwas machen"*. *„Das gebietet die Handwerkerehre"*, fügte er noch hinzu und reihte sich damit in die Vielzahl derjenigen Redner ein, für die ein Parteitag offensichtlich ein Forum für öffentliche persönliche Rechenschaftslegung und Selbstverpflichtung darstellt.

Die „Selbstverpflichtung" der Gesamtpartei für die nächsten Jahre ist in der einstimmig angenommenen Entschließung dargelegt. Einleitend heißt es da:

„1. Das politische Wirken der CDU ist darauf gerichtet, den Sozialismus in unserem Lande planmäßig auszugestalten, ihn in der sozialistischen Staatengemeinschaft zu stärken und seine Position in der Welt festigen zu helfen; denn der Sozialismus ist der Humanismus unserer Epoche ...

2. Das politische Wirken der CDU ist darauf gerichtet, mit der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einen historischen Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen zu fördern, in deren Verlauf sich alle Wesenszüge des entwickelten Sozialismus voll ausprägen und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus reifen ...

3. Das politische Wirken der CDU ist auf die Erfüllung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gerichtet ..."

Ausgehend von diesen Grundpositionen werden dann alle wesentlichen Bereiche der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik sowie der Außenbeziehungen der

DDR abgehandelt, wobei sich die wenigen Stellen, an denen gezielt Christen angesprochen sind, beinahe wie Fremdkörper ausnehmen.

DDR-CDU und Kirchen

Die Zielgruppe der DDR-CDU ist gespalten. Anhänger findet sie vorwiegend bei den sogenannten progressiven Christen, während die führenden Vertreter der Kirchen und ein Großteil der katholischen wie evangelischen Gläubigen dieser Partei skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Eine Ausnahme war der kürzlich verstorbene frühere Landesbischof von Thüringen, Moritz Mitzenheim, Ehrenmitglied der DDR-CDU wie des regimetreuen, inzwischen aufgelösten „Bundes evangelischer Pfarrer in der DDR". Am 13. Parteitag in der Erfurter Thüringenhalle hatten sowohl Mitzenheim als auch sein Nachfolger im Bischofsamt, Ingo Bräcklein, teilgenommen. In Dresden begrüßte Gerald Götting summarisch diejenigen *„Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften, die unserer Einladung gefolgt sind"* – offizielle Vertreter der Kirchen waren nicht darunter. Verständlich, wenn man bedenkt, daß insbesondere der Parteivorsitzende und sein Stellvertreter Heyl den jeweiligen kirchenpolitischen Kurs der SED undifferenziert übernehmen und wortreich propagieren. War es in den sechziger Jahren vor allem Gerald Götting, der die Spaltung der EKD betrieb und später den evangelischen Kirchenbund der DDR zur Aufgabe auch der letzten gesamtdeutschen Bindungen zu drängen suchte, so setzt neuerdings vor allem Wolfgang Heyl alles daran, den Klerus auf die Linie seiner Partei zu bringen. Mehrfach hat er in jüngster Zeit den Magdeburger Bischof Krusche angegriffen, der die Christen in der DDR auf einer Gratwanderung zwischen Opposition und Opportunismus sieht. Ohne Zweifel traf dieses Wort des populären Kirchenmannes die Partei an einer empfindlichen Stelle. Denn daß sie Themen aus dem kirchlichen Bereich stets nach dem Opportunitätsprinzip behandelt, kann auch dem wohlwollendsten Beobachter nicht verborgen bleiben. Auch in Dresden blieben die neuralgischen Punkte des Dialogs zwischen Kirche und Staat ausgespart. So war dort beispielsweise von der Diskriminierung christlicher Kinder ebensowenig die Rede wie von der neuerdings wieder verstärkten Propagierung des Atheismus im Bildungsbereich. Wie schon im vergangenen Jahr nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz mußten auch jetzt wieder statistische Angaben über kirchliche Institutionen als „Beweis" für Glaubensfreiheit herhalten.

Résumée

Neue Akzente wurden in Dresden nicht gesetzt. Gerald Götting, der Parteivorsitzende, und seine drei Stellvertreter, Wolfgang Heyl, Max Sefrin und Heinrich Toeplitz wurden wie bereits auf dem 13. Parteitag in ihren Ämtern bestätigt. Waren 1972 in Erfurt Erklärungen zum Vietnam-Krieg und zum 50. Jahrestag der Gründung der Sowjetunion beschlossen worden, so sprachen sich die Delegierten in Dresden erwartungsgemäß für eine „Erklärung zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" sowie einen „Appell zur Ächtung der Neutronenbombe" aus.

Um den Preis der völligen Aufgabe politischer Eigenständigkeit sichert sich die DDR-CDU einen bescheidenen Anteil wohl kaum an der Macht, aber doch an der Repräsentanz von Staat und Regierung. In Volkskammer und Bezirkstagen stellt sie rund 10 % der Abgeordneten. Gerald Götting ist stellvertretender Vorsitzender, Friedrich Kind Mitglied des Staatsrates; Heinrich Toeplitz Präsident des Obersten Gerichts; Rudolph Schulze Minister für Post- und Fernmeldewesen; Harald Naumann stellvertretender Minister für Handel und Versorgung; Hermann Kalb Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen; Gerd Mönkemeyer Vizepräsident der Kammer für Außenhandel.

Warum wird man in der DDR Mitglied der CDU? Karrieredenken spielt gewiß eine Rolle, vor allem wohl bei den führenden Funktionären. Ein größerer Kreis, zu dem vermutlich viele Intellektuelle und Künstler zählen, dürfte das Parteibuch als Alibi für politische Zuverlässigkeit einsetzen und sich so einen gewissen Freiraum verschaffen. Doch vereinzelt kam in Dresden auch glaubhaftes religiöses Engagement zum Ausdruck. Wie viele ihrer Mitglieder die pseudochristliche Partei als politische Plattform benutzen, um die Grenzen des Machbaren auszuloten, läßt sich nicht abschätzen. Ebensowenig kann man voraussagen, wie die Zukunft der DDR-CDU aussehen wird. Als Vermittler zwischen SED und Kirche scheint sie auf beiden Seiten wenig gefragt zu sein. Die Chance, ihre Daseinsberechtigung unter Beweis zu stellen, bietet sich zur Zeit vorwiegend auf dem Feld der Propaganda. Organisationen wie Christliche Friedenskonferenz, Berliner Konferenz katholischer Christen und Friedensrat, mit der DDR-CDU personal eng verknüpft, preisen auf internationalen Veranstaltungen die DDR als Hort des Friedens und der Menschenrechte. Eine Partei, deren Name sich vorzüglich als Aushängeschild eignet, ohne daß sie unter Berufung auf eben diesen Namen Zugeständnisse fordert, ist für die SED von Nutzen, ohne unbequem zu sein.

Allen Lesern der „Evangelischen Verantwortung"
wünschen wir
eine gesegnete Weihnacht und ein glückliches neues Jahr

Weissbuch zur Frage der Menschenrechte — Eine Dokumentation der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages hat ein „Weissbuch über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa" vorgelegt.*

Die Dokumentation gibt in erschütternder Weise Auskunft über die Menschenrechtsverletzungen in den Staaten Osteuropas.

Helmut Kohl schreibt im Vorwort zu dieser Dokumentation, daß die Bundesrepublik Deutschland durch Verfassungsrecht und menschliche Solidarität in besonderem Maße verpflichtet und nach Völkerrecht berechtigt sei, in Belgrad bei der Fortsetzung der KSZE-Konferenz als Anwalt der Deutschen aufzutreten.

Wir bitten die Leser der Evangelischen Verantwortung: Machen Sie Gebrauch von dem Inhalt dieses Weissbuches — nicht nur in Veranstaltungen, sondern auch und gerade besonders in persönlichen Gesprächen mit Freunden, Bekannten und Nachbarn.

Die zusammenfassenden Feststellungen und Empfehlungen des Weissbuches, die wir nachfolgend unseren Lesern zur Kenntnis bringen, sollen dabei Anregung und Hilfe zugleich sein.

In der Schlußakte der KSZE haben alle Unterzeichnerstaaten die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ihrer Bürger als einen wesentlichen Faktor für die erstrebte Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen untereinander ausdrücklich anerkannt. Mit dieser Verpflichtung ist ein bestimmtes innenpolitisches Verhalten der Staaten zu einem Maßstab ihres guten Willens zu freundschaftlichen Beziehungen der Staaten und Völker erhoben worden. Der Verwirklichung der Menschenrechte gebührt nunmehr der gleiche Rang wie der Achtung der Souveränität oder der Verpflichtung zum Gewaltverzicht einschließlich der Unverletzlichkeit der Grenzen.

Das Überprüfungstreffen in Belgrad wird demgemäß auch zur ersten Erprobung dieser feierlich übernommenen Verpflichtung. Wie die Erfahrung seit Helsinki zeigt, stören Menschenrechtsverletzungen das gegenseitige Vertrauen erheblich. Sie behindern damit die Zusammenarbeit zwischen den Unterzeichnerstaaten und gefährden den Prozeß einer wirklichen Entspannung in Europa.

1. *Das Verhalten der Regierung der DDR* ist im Hinblick auf diese Verpflichtung vor allem wie folgt zu beanstanden:

1.1. *Die Sperranlagen an der Grenze der DDR* zum westlichen Teil Deutschlands, insbesondere der Befehl zum gezielten Schuß auf Flüchtlinge, die automatischen Schußapparate und Minenfelder, sind ein Anschlag auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit von Menschen, die vom Menschenrecht der Freizügigkeit Gebrauch machen wollen. Die innerdeutsche Grenze ist die unmenschlichste Grenze der Erde.

Seit dem 13. August 1961 schossen Angehörige der „Grenztruppe der DDR" in 1509 bekanntgewordenen Fällen auf flüchtende Menschen. 70 Flüchtlinge und Fluchthefer starben an der Mauer durch Berlin. 66 von ihnen wurden erschossen, 91 Menschen schwer verletzt, 3 002 Menschen bei Fluchtversuchen an der Mauer festgenommen.

Insgesamt kamen an der innerdeutschen Grenze einschließlich der Sektoren-Grenze in Berlin und der Grenze um West-Berlin von 1949 bis zum 1. August 1977 182 Menschen durch Minen, Schußwaffen, Tötungsautomaten und auf andere Weise ums Leben. Vier davon wurden nach Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte getötet.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung auf und appelliert an die Teilnehmerstaaten der KSZE, auf die Regierung der DDR einzuwirken, daß sie die menschenrechtswidrigen Sperranlagen und Sperrmaßnahmen abbaut, die Leib und Leben von Menschen bedrohen.

1.2. *Die Regierung der DRR* reduziert durch Gesetzgebung, interne Verwaltungsanordnungen und willkürliche Verwaltungspraxis das Menschenrecht auf Freizügigkeit praktisch auf Null. Sie verfolgt Menschen, die auf ihrem Recht auf Freizügigkeit bestehen, strafrechtlich. Sie mißbraucht die auf diese Weise Inkriminierten und andere politische Gefangene zur Beschaffung von Devisen und zum Handel mit Menschen. Andere bestraft sie mit inhumaner Entziehung des Elternrechts (Zwangsadoption) und Versagung der Ein- und Ausreise Verlobter.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Offenlegung aller die Freizügigkeit betreffenden Gesetze und Verwaltungsanordnungen der DDR sowie ein ordentliches, rechtlich geregeltes und beschwerdefähiges Verfahren zur Behandlung von Ausreiseanträgen.

Sie fordert die Einstellung der inhumanen Praxis der Zwangsadoption und Trennung von Verlobten.

Sie fordert die Freilassung der rund 2 500 Strafhäftlinge, die wegen Flucht oder Fluchthilfe verurteilt sind.

Sie fordert von der Regierung der DDR, endlich Abstand zu nehmen von der systematischen Nötigung mittels politischer Gefangener, durch die sie nicht nur ihre völkerrechtlichen Vertragspflichten gröblich verletzt, sondern sich auch außerhalb der sittlichen Normen Europas stellt.

1.3. *Die Regierung der DDR* engt bei familiären Besuchsreisen den Personenkreis auf DDR-Bewohner im Rentenalter ein und behindert den west-östlichen Besucherverkehr durch

* Das Weissbuch (116 Seiten) können Sie anfordern bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1.

vielfache willkürliche Erschwernisse, Schikanen und Einschüchterungen.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Aufhebung der Hindernisse, die der Begegnung der Menschen eines Volkes auch nach Helsinki noch in den Weg gestellt werden.

1.4. *Die Regierung der DDR* unterdrückt die Meinungsfreiheit, die Freiheit des Gewissens und der Religion. Zahlreiche Menschen sind wegen kritischer Meinungsäußerung oder religiöser Betätigung vielfältigen Diskriminierungen bis hin zur zwangsweisen „Aufenthaltsregelung" oder gar zur strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt. Zwei- bis dreitausend politische Häftlinge sind einem inhumanen Strafvollzug unterworfen.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die volle Religions- und Meinungsfreiheit für alle Bewohner der DDR sowie die Entlassung der deswegen inhaftierten und verurteilten Personen, insbesondere der in dieser Dokumentation namentlich genannten Personen.

Sie fordert eine wirksame und umfassende Humanisierung des Strafvollzugs in der DDR. Wie die Bundesrepublik Deutschland muß auch die DDR bereit sein, sich einer internationalen Überprüfung ihres Strafvollzugs zu stellen.

1.5. *Die Regierung der DDR* versagt sich immer wieder Vorschlägen zur Förderung der innerdeutschen Begegnungen in den Bereichen von Jugend, Sport, Kultur, Bildung und Wissenschaft, kommunalen Verbänden sowie der Kirchen, die Geist und Buchstaben der Schlußakte von Helsinki, ebenso wie des innerdeutschen Grundvertrages in die Tat umsetzen wollen.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert den Ausbau von Verfahren und Einrichtungen, die der Begegnung der Menschen dienen.

1.6. *Die Regierung der DDR* ruft durch amtliche Vertreter und Verlautbarungen zur Erziehung der Jugend zum Haß auf die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verbündeten auf. Mit ihrem ständigen Appell zum Haß gegen Menschen verstößt sie gegen das friedensstiftende Gebot der Toleranz. Sie überschreitet in friedensfeindlicher und menschenrechtswidriger Weise die Grenzen legitimer politischer und ideologischer Auseinandersetzung.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Einstellung von Haß- und Diffamierungspropaganda und die Rückkehr zu sachlicher Auseinandersetzung.

2. Seit Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte hat sich die Lage folgender mehr als dreieinhalb Millionen Personen deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit nicht verbessert, sondern teilweise sogar verschlechtert:

- rund 1,2 Millionen deutscher Staatsangehöriger in den Gebieten östlich von Oder und Neiße;
- rund 200 000 deutscher Volkszugehöriger in Polen;
- rund zwei Millionen deutscher Volkszugehöriger in der Sowjetunion (einschließlich der restlichen deutschen Staatsangehörigen, die nach Kriegsende verschleppt wurden);
- rund 85 000 bis 130 000 deutscher Staatsangehöriger (Sudetendeutscher) in der CSSR;
- rund 360 000 Volksdeutscher in Rumänien.

2.1. Diese Deutschen werden in ihren *individuellen Menschenrechten* verletzt. Sie werden vor allem wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit oder ihres religiösen Glaubens diskriminiert, oft sogar strafrechtlich verfolgt.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, denjenigen Deutschen, die nach deutschem Recht Anspruch auf diplomatischen Schutz haben, diesen Schutz entsprechend ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung zu leisten.

Sie fordert die Bundesregierung weiterhin auf, denjenigen Deutschen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, aber um die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland nachsuchen, diese im Rahmen der internationalen Vereinbarungen zum Schutz der Menschenrechte zu gewähren, auf deren Bedeutung die Schlußakte von Helsinki ausdrücklich hinweist.

2.2. Diese Deutschen werden auch in ihren *nationalen Gruppenrechten* verletzt.

Die *polnische* Regierung bestreitet offiziell die Existenz einer deutschen Volksgruppe.

In der Nationalitätengesetzgebung der *UdSSR*, der *CSSR* und *Rumäniens* bestehen zwar formal nationale Gruppenrechte. Doch werden diese Rechte den dort lebenden deutschen Volksgruppen – von Land zu Land und im Maß verschieden – in der Praxis weitgehend versagt. Der Fortbestand der nationalen Identität dieser Volksgruppen ist zunehmend gefährdet. Eine wachsende Zahl von Deutschen sieht daher ihre Rettung nur noch in der Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland.

Andererseits begegnen aber die Regierungen *Polens*, der *UdSSR*, der *CSSR* und *Rumäniens* diesen Ausreisebegehren mit jahrelanger Verschleppung oder Ablehnung der Ausreiseanträge, oft auch mit schikanösen Repressalien oder strafrechtlicher Verfolgung; sie erschweren die Ausreise zusätzlich durch unverhältnismäßig hohe Gebühren und Kosten sowie durch Beschränkungen des Vermögenstransfers und der freien Bestimmung über zurückgelassenes Vermögen.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, bei dem Überprüfungstreffen in Belgrad die Lage der deutschen Volksgruppen im Hoheitsbereich der genannten Staaten zur Sprache zu bringen. Insbesondere sollte sie darauf dringen, daß die im vorliegenden Bericht über die

Lage in der *UdSSR* namentlich aufgeführten Fälle von Deutschen, die wegen ihrer religiösen Überzeugung oder wegen ihrer Auswanderungsbemühungen strafrechtlich verurteilt sind, durch eine unabhängige Kommission der KSZE-Teilnehmerstaaten oder des Internationalen Roten Kreuzes überprüft werden.

2.3. *Individuelle Diskriminierung* aus nationalen oder religiösen Gründen und *Verweigerung nationaler Gruppenrechte* führen, wie der vorliegende Bericht nachweist, zu einem **circulus vitiosus:**

Die Diskriminierten werden zu Fremden in ihrer Heimat. Vor die Wahl gestellt, ihre nationale Identität zu verlieren, oder ihre Heimat zu verlassen, entscheiden sie sich immer häufiger für die Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland.

Da die Regierungen der betreffenden Staaten diesem wachsenden Aussiedlungsdruck mit menschenrechtswidriger Behinderung und Verweigerung der Freizügigkeit begegnen, häufen sich menschliches Leid und politischer Konfliktstoff im Innern dieser Staaten.

Unrecht an Menschen und ganzen Volksgruppen belastet – wie die letzten Jahre beweisen – das Verhältnis zwischen den Staaten und Völkern; und zwar in einer Zeit, in der die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki ein Weniger, nicht aber ein Mehr an Spannung bewirken soll.

Die CDU/CSU-Fraktion empfiehlt daher den Teilnehmerstaaten des KSZE-Überprüfungstreffens, zwecks einer menschenrechtskonformen Regelung der Probleme der nationalen Minderheiten, **Konkretisierungen des Minderheitenschutzes** zu erörtern, die der KSZE-Schlußakte gerecht werden und sie fortentwickeln.

Im einzelnen werden folgende Regelungen vorgeschlagen:

a) **Verpflichtungen** der KSZE-Teilnehmerstaaten auszuarbeiten zur **grundsätzlichen Anerkennung nationaler Minderheiten und Gruppen** sowie zur Schaffung von **Minderheitenschutzregelungen,** die die gleichberechtigte Entfaltung der nationalen Minderheiten als Gruppe und ihrer individuellen Mitglieder gewährleisten.

b) **Empfehlungen** für den Abschluß von **Optionsverträgen** zwischen den betreffenden Staaten auszuarbeiten. Diese Verträge sollten es den Angehörigen von nationalen Minderheiten freistellen, für die Auswanderung in einen anderen Staat und dessen Staatsbürgerschaft zu optieren. Als Beispiele könnten die Optionsvereinbarungen dienen, die nach 1945 zwischen der UdSSR und Polen, der UdSSR und der CSSR, der UdSSR und Jugoslawien, zwischen Polen und der CSSR sowie zuletzt im italienisch-jugoslawischen Vertrag vom 10. November 1975 abgeschlossen wurden. Sie stellen auf den Willen der unmittelbar Betroffenen ab.

c) **Empfehlungen** an alle KSZE-Teilnehmerstaaten für die **weitere Erleichterung der Ausreise** von Aussiedlungswilligen auszuarbeiten.

Diese Empfehlungen sollten beinhalten:

Die **Offenlegung aller die Freizügigkeit und Aussiedlungsfreiheit betreffenden Gesetze und Verwaltungsanordnungen,** einschließlich der Gebühren und Kosten, sowie die Einführung – soweit noch nicht oder nur mangelhaft vorhanden – eines **ordentlichen, rechtlich geregelten und beschwerdefähigen Verfahrens zur Behandlung von Ausreiseanträgen;**

ferner die **Senkung** der prohibitiv wirkenden, überhöhten **Ausreisegebühren und -Kosten,** sowie **Aufhebung** der konfiskatorischen **Beschränkungen des Vermögenstransfers und der Verfügungsfreiheit über zurückgelassenes Vermögen** bei der Ausreise.

d) Das Mandat des in Helsinki beschlossenen Expertentreffens zur Ausarbeitung des schweizerischen Entwurfs eines Vertrages über ein europäisches System der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu erweitern.

Zu erörtern wäre dabei z. B. die **Einbeziehung von Menschenrechtsverletzungen in die Zuständigkeit** des in diesem Entwurf vorgesehenen **Schiedsgerichts** bzw. **der Untersuchungs-, Vermittlungs- und Vergleichskommission;** aber auch die Möglichkeit von **Individualbeschwerden** nach dem Vorbild des Verfahrens aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates.

Die Schaffung eines wirksamen und umfassenden Rechtsschutzsystems zugunsten der Menschenrechte, sowohl im nationalen wie im internationalen Rahmen, ist die logische Konsequenz der feierlichen Verpflichtung von Helsinki zur Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte. An dieser Aufgabe wird sich die Ernsthaftigkeit des Willens der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte beweisen.

ESG-Szenerie

„Marxistische Abendschule: Am Mittwoch, 19. Oktober, 20 Uhr, in der ESG, Am Gonsenheimer Spieß 1: Podiumsdiskussion zum Thema ‚Die Linke in der BRD – Aufgaben und Perspektiven'. Mit Vertretern des Sozialistischen Hochschulbundes, Sozialistisches Büro, Jungsozialisten und der DKP."

(Aus „Allgemeine Zeitung, Mainz" 19. Oktober 1977
ESG = Evangelische Studentengemeinde)

Kurz notiert

„Lebendige Gemeinde" betroffen über Käsemanns Vorgehen

Stuttgart: „Betroffen über die Art des Vorgehens" von Prof. Dr. Ernst Käsemann, Tübingen, ist der Gesprächskreis der württembergischen Landessynode „Lebendige Gemeinde". In einer Stellungnahme erklärt die Synodalgruppe, Käsemann bedränge nach erfolgter Synodenentscheidung die Wähler der Synode, „indem er androht, zum Jahresende zusammen mit seiner Frau aus der Kirche auszutreten, wenn sich in der Wahl vom 4. Dezember 1977 in der Zusammensetzung der Synode nichts ändere". Die „Lebendige Gemeinde" ist eine von drei Gruppierungen, die sich zur Wahl stellen. Auf ihren Antrag hin hatte die Synode kürzlich 9 800 DM des Etats der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Tübingen (verbliebener Etat 121 350 DM) gestrichen. Grund war die Weigerung der ESG, „ihre ideologische oder organisatorische Eigenständigkeit gegenüber der revolutionären internationalen Bewegung ‚Christen für den Sozialismus' zu dokumentieren".

Zur ESG-Entscheidung der Synode heißt es in der Stellungnahme der „Lebendigen Gemeinde", sie hätten ein Zeichen dafür setzen wollen, „daß sich die Kirche nicht ideologisch unterwandern läßt". Die eigentliche Auseinandersetzung würde aber „geistig und geistlich geführt".

Petition an KSZE

Zürich: Die Internationale Christliche Aktion für Glaubensfreiheit hat eine Petition an die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gerichtet, in der gegen die Beschränkung der Religions- und Gewissensfreiheit in den Signatarstaaten der KSZE protestiert wird. In der Beilage zu dieser Petition heißt es unter Punkt 15:

„Die gemäß Ziffer 1/VII. der Schlußakte KSZE in Übereinstimmung mit Art. 18–20 der UNO-Charta statuierte Religions- und Gewissensfreiheit wird durch die vorerwähnten Bestimmungen und durch repressive behördliche Praxis in allen osteuropäischen Ländern eingeschränkt und teilweise faktisch verunmöglicht. Wenn selbst die Ausübung religiöser Handlungen in Privatwohnungen verboten und die religiöse Unterweisung der Kinder durch Priester oder Verwandte unter Strafe gestellt ist, wenn Gläubige in Gesellschaft und Beruf diskriminiert werden, dann ist die Religions- und Gewissensfreiheit nicht mehr gewährleistet.

Daran vermag nichts zu ändern, daß kleine Kirchengruppen zur Ausführung bestimmter Direktiven staatliche Unterstützung finden und offizielle Missionen im Ausland erfüllen. Es sind dies potemkinsche Fassaden, hinter denen die Unterdrückung der Religionsfreiheit in aller Schärfe vor sich geht. Auf diese Weise werden insbesondere die christlichen Kirchen und Millionen von Gläubigen verfolgt."

Die Petition kann von der INTERNATIONALEN CHRISTLICHEN AKTION FÜR GLAUBENSFREIHEIT, Lengstraße 71, CH-8008 Zürich/Schweiz angefordert werden; Präsident der Aktion ist der evangelische Pfarrer Hansjürg Stückelberger, der uns in diesen Tagen mitteilte, daß in der Schweiz bisher mehr als 160 Parlamentarier die Petition unterschrieben haben.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Bonn: Der stellvertretende Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland, Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, erklärte kürzlich in Bonn, daß die in den letzten Monaten durch die terroristischen Gewalttaten verursachten traurigen und furchterregenden Ereignisse eine besondere Herausforderung an alle Christen darstellen.

Die aktuelle Aufgabe ist es, Menschen wieder stärker zu rufen zur Grundorientierung des Lebens durch die 10 Gebote Gottes und ihnen stärker und überzeugender das Evangelium zu bezeugen. Neben den dringend notwendigen Gesetzen und der politischen Unterstützung für alle Kräfte zum Schutze der inneren Sicherheit, brauchen unser Land und viele andere Länder der Erde eine neue geistige, moralische und geistliche Offensive. Als Christen in unserem Land müssen wir uns eingestehen, daß oft in der Vergangenheit unseres Lebens unser Zeugnis nicht klar, nicht eindeutig genug, nicht überzeugend genug war. Wir haben die Proklamation eines totalen Emanzipationsstrebens für den Menschen miterlebt, wo wir noch klarer hätten sagen müssen, daß der Mensch, der Gott nicht mehr über sich anerkennt, in der Gefahr ist, auch seine Menschlichkeit zu verlieren.

Wir sollten wieder daran denken, daß die Väter unseres Grundgesetzes nach der Erfahrung des 2. Weltkrieges und der Hitler-Diktatur in der Verfassung schrieben: Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen hat das deutsche Volk ... dieses Grundgesetz beschlossen.

Freilich wissen wir als Christen und Demokraten – so erklärte Dr. Horst Waffenschmidt, der auch Mitglied der rheinischen Landeskirchenleitung ist, weiter – daß wir in unserer Demokratie immer die notwendige Toleranz auch zu Nichtchristen üben und durchsetzen müssen, aber mehr denn je ist in unserer jüngsten Geschichte klar geworden, daß dort, wo in Schule und Erziehung, in Sozialwesen und Kultur und vielen anderen Bereichen unseres Lebens das christliche Zeugnis sich zurückzieht oder zurückgedrängt wird, Ideologien einziehen, die dann oft ohne Toleranz von den Herzen der Menschen und insbesondere der Jugend Besitz ergreifen wollen.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein!

Wirtschaftliche, soziale und militärische Sicherheit sind in unserer Welt wichtige Ziele und hoch zu veranschlagen. Aber die Menschen wollen auch in ihren Herzen angesprochen werden. Wo Christen das versäumen, nehmen meistens Ideologien und Sekten, Fanatismus und Intoleranz zu. Darum sind alle Christen jetzt besonders zum Dienst und Zeugnis gefordert, in der Kirche, in der Politik, im Beruf und im täglichen Umgang miteinander.

Buch-besprechungen

Johannes Schleuning, Heinrich Roemmich und Eugen Bachmann. Geleitwort von Ernst Eberhard:

UND SIEHE, WIR LEBEN! Vierhundert Jahre evangelisch-lutherische Kirche in Rußland.

248 Seiten mit zahlreichen Fotos, 16,– DM, Martin-Luther-Verlag, Erlangen.

Dieses Buch beginnt mit den Tagen Johannes des Schrecklichen, der baltische Pastoren nach Rußland verschleppte und sie gewähren ließ, als sie unter ihren unglücklichen Mitgefangenen evangelischen Gottesdienst zu halten begannen. Es schildert, wie deutsche und skandinavische Handwerker, Offiziere und Kaufleute – von den Zaren ins Land geholt – in den Städten evangelische Gemeinden begründeten und Kirchen bauten.

Wir wissen heute von der Existenz mehrerer hundert deutschstämmiger evangelisch-lutherischer Gemeinden und Gruppen in Sibirien und Mittelasien. Wie viele hunderttausend Menschen zu ihnen zählen, weiß niemand genau. Es gibt Anzeichen dafür, daß es für diese Mitchristen leichter werden wird, zum Gottesdienst zusammenzukommen und ihres Glaubens zu leben. Auch davon berichtet das vorliegende Buch. Ein Buch also, das auch hoffen macht und das bezeugt, was schon der Apostel Paulus als Folgerung aus seinen Erfahrungen unter Verfolgung und Martyrium zieht: Und siehe, wir leben!

Günter Jacob: Weltwirklichkeit und Christusglaube. Wider eine falsche Zweireichelehre. 48 S., brosch., 4,80 DM, Evangelisches Verlagswerk Stuttgart.

Dieses „Wort der Warnung" vor einer falschen Zweireichelehre des früheren Cottbuser Generalsuperintendenten Günter Jacob gilt sowohl dem „Osten" als auch dem „Westen". Ausgangspunkt sind gewisse theologische und kirchenpolitische Strömungen in der DDR, es gibt aber auch in der westlichen Welt ähnliche Abwege und Irrwege.

Dieser Beitrag „Wider eine falsche Zweireichelehre" konnte in der DDR für das notwendige Gespräch nicht gedruckt vorgelegt werden. Wenn er nun in einem westdeutschen Verlag erscheint, so in der Hoffnung, daß die Leser der „westlichen Welt" an diesen uns Christen gemeinsam auferlegten Auseinandersetzungen partnerschaftlich teilnehmen werden. „Sie sind gebeten", schreibt der Autor in seinem Vorwort „analoge Abwege und Irrwege in ihrer eigenen Situation kritisch zu erkennen und es sich nicht mit einer billigen Polemik gegen Gefährdungen kirchlichen Lebens und christlicher Existenz im corpus sozialisticum zu leicht zu machen!"

Klaus Scholder: DIE KIRCHEN UND DAS DRITTE REICH.

Band I: Von der Novemberrevolution zum Jahr der Machtergreifung 1918–1934.

910 Seiten mit 99 Abbildungen, 48,– DM, Ullstein Verlag Berlin.

Klaus Scholder, Theologe und Historiker, Professor für kirchliche Zeitgeschichte und Kirchenordnung an der Universität Tübingen, legt die erste integrale Gesamtdarstellung der Geschichte beider Kirchen in ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus vor. Band I umfaßt die Vorgeschichte: Protestantismus und Katholizismus in der Weimarer Republik und im Jahr der Machtergreifung Hitlers.

In dem vorliegenden Buch untersucht Klaus Scholder zum ersten Mal das Verhalten der beiden Hauptkirchen angesichts dieser größten Herausforderung der neueren Geschichte. Dabei wird die tatsächliche Breite der modernen Kirchengeschichte ins Auge gefaßt – die Institutionen der Kirche, aber auch die Theologie; die Frömmigkeit des Kirchenvolks; Diplomatie und Politik der Kirchenleitung; die Haltung der Pfarrer und ihrer Gemeinden ebenso wie die Rolle von Theologie, Soziologie und Weltanschauungen. Diese Faktoren werden in einer ständigen Wechselwirkung gesehen und in Beziehung zu der politischen, geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung der Epoche gesetzt.

Der in Vorbereitung befindliche zweite Band wird zeigen, wie die beiden großen Kirchen, die in der extrem schwierigen Situation der Machtergreifung vom Frühjahr 1933 überwiegend versagt hatten, ihre Integrität und ihre moralische Substanz in der Folge wiederzugewinnen versuchten und wie nur wenige andere gesellschaftliche Kräfte Widerstand leisteten.

Hans-Christian Pilster: Friede und Gewalt.

Der militärische Aspekt der sowjetischen Koexistenzpolitik.

286 Seiten, 10 Karten, Ln., 34,– DM, Seewald Verlag, Stuttgart.

Der Autor, als General viele Jahre in der Bundeswehr und NATO mit dem militärischen Potential des Ostblocks, insbesondere der Sowjetunion, beschäftigt, ein internationaler Fachmann auf dem Gebiet der Erforschung und Analyse kommunistischer Machtpolitik, hilft mit diesem materialreichen Buch dem Leser in den Staaten des Westens, einer durchaus nicht hoffnungslosen und düsteren Lage entschlossen und illusionslos zu begegnen.

Der Schwerpunkt der Abhandlung liegt auf dem Hauptinstrument der sowjetischen Politik: den nach modernsten technischen und führungsmäßigen Grundsätzen aufgebauten, ausgerüsteten und geführten Streitkräften. Der hier angestellte Vergleich mit dem militärischen und dem Gesamtpotential des Westens sowie die Bedeutung der Gespräche über Entspannung und Koexistenz in diesem Zusammenhang sind besonders beeindruckend.

Eberhard Jüngel: Der Wahrheit zum Recht verhelfen.

93 Seiten, kt., 4,80 DM, Kreuz Verlag, Stuttgart.

Aus aktuellem Anlaß – angesichts der Herausforderung durch den Terrorismus – werden in diesem Band Texte des Tübinger Professors für Systematische Theologie vorgelegt. Eberhard Jüngel ruft dazu auf, daß wir jetzt den Mut zur Freiheit brauchen, denn – so sagt er, der Terrorismus droht uns äußerlich und innerlich unfrei für die Freiheit zu machen.

Das Buch vermittelt Denkanstöße – es führt in die Tiefe theologischen Denkens. Doch dem Leser sei mitgeteilt, daß Jüngel bedauerlicherweise nur das von ihm zitierte Wort Helmut Schmidts „Gott helfe uns" aus dem Deutschen Bundestag hörte, als das Plenum am 20. Oktober 1977 über den Terrorismus diskutierte. **So trägt die Evangelische Verantwortung das nach, was Helmut Kohl am gleichen Tag im Deutschen Bundestag sagte: „Selten ist die Gemeinschaft unseres Volkes so offenbar geworden: in der Sorge, im Hoffen, im Beten, in der Trauer. Das ist es, was uns Mut gibt".**

Der Autor wird uns diesen Nachtrag verzeihen, aber nicht nur Helmut Schmidt (S. 7) und Herbert Wehner (S. 92), sondern auch Carl Carstens und Helmut Kohl sind aus gleichem Anlaß zitierfähig. Dies zu erfahren – darauf hätte der auf Ausgewogenheit bedachte Leser ein Anrecht.

Grußwort von Bischof Schönherr an die EKD-Synode

In der Zeit vom 6. bis 10. November 1977 fand die diesjährige Tagung der 5. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Saarbrücken statt. Nachhaltigen Eindruck hinterließ bei allen Zuhörern das der Synode vom Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof D. Albrecht Schönherr, überbrachte Grußwort, das wir nachfolgend auch unseren Lesern zur Kenntnis bringen.

Herr Präses! Hohe Synode!

Das erste, was ich sagen will, ist ein Wort des Dankes für den freundlichen Empfang, mit dem Sie uns, Ihre Gäste aus der DDR ausgezeichnet haben.

Ich möchte diese schöne Gelegenheit aber zu einem weitergehenderen und allgemeineren Dankeswort benutzen. Die Christen in der DDR, deren Grüße ich überbringe, haben dazu mancherlei Grund. Unter den Anlässen zum Dank möchte ich zunächst etwas ganz Naheliegendes und Handfestes nennen. Ich meine das sogenannte Sonderbauprogramm, das durch die Hilfe Ihrer Kirche verwirklicht wird. In diesem Jahr sind oder werden die ersten wichtigen Bauvorhaben beendet. Ich nenne die Gemeindehäuser in Eisenach, Oschersleben, Berlin-Lichtenberg, Wolfen-Nord, Stralsund, Rostock, Jena und die Kirchen in Hagenow und Neuruppin. Es sind dies meist Bauten einer Größe, die ganz auf die Bedürfnisse der kleiner gewordenen Gemeinden, neben Gottesdienst auf Unterricht und Gespräch, zugeschnitten sind. Auch da, wo wir ehrwürdige, alte Kirchen umbauen, werden diese – im Einvernehmen mit einer verständnisvollen Denkmalspflege – mit den benötigten Funktionsräumen ausgestattet. Das gilt auch für das Riesenobjekt Berliner Dom, in dem neben dem großen Kuppelsaal in den Kreuzflügeln gleichsam vier fünfstöckige Häuser für viele Arten möglicher Nutzung ausgebaut werden können. Daß der Berliner Dom nicht nur städtebaulich, sondern auch von seinen Funktionen her im Zentrum Berlins eine hervorragende Bedeutung haben wird, liegt auf der Hand.

An diesen Dank möchte ich einen weiteren und gewichtigeren anfügen. Ich danke Ihnen, meine Brüder und Schwestern, und unter Ihnen besonders denen, die in kirchenleitender Verantwortung stehen, daß Sie besonders in den letzten eineinhalb Jahren in brüderlicher Treue zu uns gestanden und dies ausgesprochen haben. Es hat nicht an Anlässen gefehlt, die diese Treue strapaziert haben. Es bestand die Gefahr, daß wir voneinander und die Kirchenleitungen in der DDR von ihren Gemeinden getrennt würden. Sie, liebe Schwestern und Brüder, haben den Vorschuß an Vertrauen, den wir Christen einander auch über die Grenzen von Staaten und Gesellschaftsordnungen hinweg gönnen, nicht gekündigt. Das hat uns – ich möchte für alle namentlich meinen Mitbruder im Bischofsamt Werner Krusche nennen – sehr wohlgetan.

Daß wir so zueinander stehen, ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Vielleicht war es einmal anders, als wir uns noch ohne weiteres begegnen und austauschen konnten. Wir sind sehr froh darüber, daß durch die bekannten Verträge solche Begegnungen wieder in erheblichem Maße möglich geworden sind. Aber die zehn Jahre dazwischen haben ihre Spuren hinterlassen. Es bedarf einer besonderen Anstrengung, vielleicht auch nicht geringer Opfer, um sich im Auge zu behalten. Und das ist doch die Voraussetzung brüderlicher Liebe. Es bedarf dessen, daß wir uns von Zeit zu Zeit einander zu erkennen geben.

Dazu möchte ich einige Worte sagen.

Wir sind Bürger der DDR. Das ist so und bedarf keiner weiteren Erörterung. Solche Aussagen haben für Christen etwas mit dem Glauben zu tun. Ein Arzt sagte auf der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR im Mai dieses Jahres in Görlitz: „Dieser Staat DDR ist der uns von Gott vorgegebene Teil der Welt, den wir anzunehmen und in dem wir uns als Christen zu bewähren haben. Allein aus dieser Sicht heraus kann es keinen Raum für Überlegungen geben, dieses Land zu verlassen. Gott ist für uns Christen auch in diesem sozialistischen Staat die höchste und letzte Instanz, keine Partei, keine weltliche Doktorin kann uns von dieser Verantwortung vor Gott entbinden". Der Synodale wußte, was er sagte. Er wußte, daß gerade aus dieser Bindung die Spannungen und Probleme entspringen, die auch er durchzutragen hat. Er wußte, daß Gott es uns Christen in der DDR wie auch sonst allenthalben zumutet, Konflikte auszutragen und nicht den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen.

Wir freuen uns darüber, daß unsere Pastoren mit wenigen Ausnahmen ihren Dienst als Hirten ihrer Gemeinden weiterhin selbstverständlich wahrzunehmen bereit sind. Sie tun das in dem Glauben, daß für Gott auch ein Staat, der sich ausdrücklich zum Marxismus-Leninismus bekennt, kein weißer Fleck auf der Landkarte seiner Erde ist.

Wir haben oft gesagt, wir wollen „Kirche im Sozialismus" sein. Wir meinen, Gottes Willen darin zu entsprechen, daß wir weder nach äußerer noch nach innerer Emigration trachten. „Im Sozialismus" ist nicht nur eine räumliche Aussage. Wir verstehen darunter, daß wir am Leben der Menschen in unserem Staat, an ihren Freuden und Erfolgen, an ihren Nöten und Problemen, voll teilzunehmen bereit sind. Wir sind davon überzeugt, daß die Aufgaben, die eine Kirche für die Bürger der DDR objektiv hat, besonders was das konkrete Zusammenleben der Menschen betrifft, nicht im Schwinden, sondern im Wachsen sind.

Marxismus-Leninismus und christlicher Glaube sind, trotz mancher gleichen Ziele, nicht zur Deckung zu bringen. Weder unsere politischen Partner noch wir erwarten eine ideologische Lösung. Aber wir leben zusammen, Christen und Nichtchristen. Manches spricht dafür, daß auch unsere marxistischen Partner sich darauf eingestellt haben, daß das noch eine Weile so bleibt, und sie legen Wert darauf,

daß wir normal und sinnvoll miteinander leben. Das Problem unseres Zusammenlebens ist nicht prinzipiell, sondern nur prozessual zu lösen. Das wichtigste Mittel dazu ist das Gespräch. Es ist dank beiderseitiger Bemühungen in den letzten Jahren auf verschiedenen Ebenen gelungen, ein ziemlich offenes Gespräch in Gang zu bekommen und zu halten.

Die Kirche im Sozialismus verändert sich. Sie hat die Freiheit, das Evangelium zu verkündigen und durch die Art ihres Existierens zu bezeugen, gewahrt. Ich nenne nur Weniges, aber Charakteristisches: Wir haben Freiheit zur Arbeit an Kindern und Jugendlichen. Die Bibelrüsten der Jugend sind gut besucht. Nicht nur in den traditionellen kirchlichen Veranstaltungen, sondern auch in Hauskreisen und Ev. Akademien versammeln sich die Christen. Die Kirchentagsarbeit ist gut in Gang gekommen. Bei der Besetzung kirchlicher Ämter, vom Pastor bis zum Bischof, wird das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat streng durchgehalten.

Freilich: Die Zahlen werden kleiner. Es entwickelt sich – nicht mehr hinter dem Schleier einer von der Gesellschaft noch bejahten allgemeinen Christlichkeit – eine Minderheitskirche. Vielleicht ist es gerade eine Chance für das Christsein im Sozialismus, daß aus einer Volkskirche, in die man sozusagen hineingeboren wird, wie selbstverständlich eine Kirche werden kann, für die man sich bewußt entscheidet. Die Minderheitssituation gebietet, daß wir unsere überkommenen Glaubensinhalte neu überdenken und formulieren. Wir können ja nicht mehr auf Vielgehörtes und allgemein Anerkanntes zurückgreifen. Es ist darum typisch, daß unsere Christen nicht so sehr die Frage nach der Kirche, sondern die nach den fundamentalen Glaubensinhalten bewegt. Darum auch die intensive Nachfrage nach dem Glaubensbuch „Aufschlüsse", das im Auftrage der Synode des Bundes erarbeitet wurde.

Als vorrangige Aufgabe sehen wir die Vorbereitung der Gemeindeglieder auf ihren Zeugendienst an. Darum sind uns Gemeindeseminare und Fernunterricht so wichtig geworden. Eine neue Ausbildungskonzeption für kirchliche Mitarbeiter versucht, diesen Zielen Rechnung zu tragen. Solche Bemühungen tragen ihre Frucht. Wir machen oft die Erfahrung, daß unsere nicht bei der Kirche angestellten Gemeindeglieder unbefangener, nüchterner und hoffnungsvoller die Sache des Glaubens bei uns ansehen als manche Pfarrer, die sich von den kleiner werdenden Zahlen niederdrücken lassen. Im allgemeinen erleben sie, daß sie dann, wenn sie sich klar zu ihrer Glaubensüberzeugung bekennen, auch respektiert werden. Am schwersten ist es für die christlichen Kinder. Sie haben es ja vor allem mit der umfassenden kommunistischen Erziehung zu tun. Die Gemeinden bemühen sich, sie und die Katecheten in die Mitte zu nehmen. Zu unserer Genugtuung gibt es in der letzten Zeit einige Beispiele mehr dafür, daß Kinder christlicher Eltern genau so behandelt werden wie andere.

Gewiß ist der Kontext, in dem unsere Kirche lebt, ein anderer als hier. Es kann darum gar nicht anders sein, als daß die Kirchen ihren Dienst in unterschiedlicher Weise tun. Das Anregendste bei der Görlitzer Synode, die dem „Laien" gewidmet war, war die Darstellung von etwa 80 Versuchen, dem Auftrag des Evangeliums entsprechend den Bedingungen und Herausforderungen unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Dabei kam viel Fantasie, Engagement und unverwüstliche Hoffnung zu Tage! Wir brauchen um die Zukunft der Kirche bei uns wirklich nicht bange zu sein! Ich bin überzeugt, daß sich die Kirche in der DDR so entwikkelt, daß echte Partnerschaft im gegenseitigen Geben und Nehmen zwischen uns wächst und fruchtbar wird.

Ich grüße Sie, liebe Brüder und Schwestern, und mit Ihnen Ihre ganze Kirche und bitte, daß ich Ihre Grüße nach Hause mitnehmen darf.

Aus unserer Arbeit

Dr. Dollinger: Für Kompetenzen in Europa

Lauda: Immer notwendiger wird es nach Auffassung der CDU, daß politische und kirchliche Gruppen, politisch Verantwortliche und kirchliche Mitarbeiter wieder stärker miteinander ins Gespräch kommen. Um insbesondere das Interesse des evangelischen Bevölkerungsteils an der Politik zu aktivieren, trafen sich kürzlich in Lauda Mitglieder und Freunde der CDU, um den Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der CDU des Main-Tauber-Kreises neu zu konstituieren.

CDU-Kreisgeschäftsführer Anton Schreck konnte dazu den stellvertretenden Bundesvorsitzenden des EAK und Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB (CSU), den stellvertretenden Vorsitzenden des EAK-Landesverbandes Baden, Michael Feist und als Vertreter des CDU-Kreisvorstandes Main-Tauber Dieter Lücke begrüßen.

Dr. Dollinger referierte dann zum Thema „Europa und der Protestantismus". Der bayerische EAK-Landesvorsitzende ging dabei auf die verschiedenen Stationen der europäischen Entwicklung in neuerer Zeit ein und betonte, daß die Europawahl nun sehr wichtig geworden sei, schließlich wolle man nicht weiter einen Diskutierclub, sondern endlich ein kompetentes europäisches Entscheidungsgremium. Gerade den Kirchen dürften diese Wahlen nicht gleichgültig sein, denn es gelte für eine Vielzahl einzelner Kirchen zusammenzuarbeiten und die Diskussion um die sogenannten Grundwerte neu zu intensivieren. Vor allem gehe es darum, daß die Kirchen das biblische Menschenbild, den Menschen in seiner akzeptierten Unvollkommenheit, in die gesellschaftspolitische Diskussion einbrächten, denn ein falsches „heiles" ideologisiertes Menschenbild führe politisch auf Irrwege.

In einer angeregten Diskussion zu den Ausführungen Dr. Dollingers wurde vorrangig das Problem Kirche und Politik besprochen, wobei auch immer wieder die Extremisten- und Terroristenszene reflektiert

wurde. Der stellvertretende EAK-Landesvorsitzende Badens, Michael Feist (Freiburg), der aus Wertheim stammt, erläuterte dann den Anwesenden im einzelnen die Aufgaben des EAK auf Kreisebene. Vor allen müsse es dem EAK um Gespräche mit Pfarrern, Kirchenvertretern und Gemeindemitgliedern gehen. Schließlich benannten die Anwesenden ein Vorstandsgremium für den EAK des Main-Tauber-Kreises, welches die Aufgabe hat, die Arbeit des EAK zwischen Wertheim und Creglingen während der nächsten Monate zu reaktivieren. Erster Vorsitzender des EAK Main-Tauber-Kreis ist das geschäftsführende CDU-Kreisvorstandsmitglied Dieter Lücke (Unterbalbach), dessen Stellvertreter Pfarrer Heinz Raulf (Bobstadt). Außerdem gehören dem Gremium EAK-Vertreter der Räume Wertheim, Tauberbischofsheim, Bad Mergentheim, Creglingen und Niederstetten an.

Freiheit statt Bürokratie

Tiengen: Auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Kreisverband Waldshut sprach der Bundesgeschäftsführer des Arbeitskreises, Dr. Peter Egen, Bonn. EAK-Vorsitzender Pfarrer Hans Dietrich Mittorp aus Säckingen konnte unter den Mitgliedern und Freunden des Arbeitskreises u. a. den Kreisvorsitzenden der CDU, Emil Zeller, sowie den CDU-Kreisgeschäftsführer Eberhard Sachse begrüßen.

In seinen Ausführungen wies Dr. Egen auf die zentrale Aufgabenstellung hin, die der Evangelische Arbeitskreis für die Grundsatzdiskussion innerhalb der Partei wahrzunehmen habe.

Ausführlich ging der Referent auch auf das Verhältnis von Kirche und Staat ein; desweiteren setzte er sich kritisch mit der Politisierung einer Reihe von Evangelischen Studentengemeinden auseinander. Dr. Egen forderte die Kirchenleitungen auf, eine klare und deutliche Grenze dort zu ziehen, wo die Verkündigung des Evangeliums aufhöre und linksradikale Politisierung beginnen würde. Zum Selbstverständnis des EAK erklärte der EAK-Bundesgeschäftsführer, daß dieser sich nicht als konfessionelle Gruppierung innerhalb der Partei verstehe, sondern vielmehr einen Beitrag zur Verlebendigung des Unions-Gedankens leisten wolle.

Auf die gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation eingehend führte er aus, daß die große Gefahr bestünde, daß an den Parteien vorbei gestaltet werde. Gleichzeitig forderte Dr. Egen dazu auf, den Slogan „Freiheit statt Bürokratie" zu unterstützen, denn wir dürften keine Gesellschaft der Bürokraten und ihrer Formulare werden, sondern müßten für eine verantwortungsbewußte Entscheidungsfreiheit des einzelnen plädieren.

Christlich Soziale Politik heute

Kiel: Im kommenden Jahr werden es einhundert Jahre her sein, daß der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker den Begriff „christlich-sozial" in die politische Debatte einbrachte und eine nicht-marxistische Arbeiterpartei gründen wollte. Im gleichen Jahr begann aber auch die für alle Welt vorbildliche Sozialpolitik im Deutschen Kaiserreich, die das Bismarck-Reich zum ersten sozialen Staat der Welt machte.

In diesem Zusammenhang wies der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Schleswig-Holstein, Professor Dr. Eberhard Dall'Asta (Kiel) bei einer gemeinsamen Veranstaltung der CDA und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK) darauf hin, daß nördlich der Elbe die Wirkung christlich-sozialer Ideen schon immer sehr begrenzt gewesen sei. Er bedauerte, daß zu wenige evangelische Christen sich in dieser Richtung engagierten.

Im weiteren Verlauf seines Referates stellte Professor Dall'Asta drei Voraussetzungen heraus, unter denen für ihn christlich-soziale Politik steht:

1. Sie tritt für Minoritäten ein.
2. Sie bekämpft politische Polarisierung.
3. Sie ist tolerant.

Im zweiten Teil des Abends, der unter der Leitung von Professor Dr. Wolfgang Stribrny stand, wurden Probleme der Nordelbischen Kirche und das Verhältnis zu den Kirchen in Mitteldeutschland erörtert. Professor Dall'Asta berichtete von einer Veranstaltung in der Lübecker Marienkirche, bei der Bischof Albrecht Schönherr (Berlin Ost) und er referiert hatten. Dieser Bericht war Anlaß, die Lage der Christen in der DDR zu diskutieren.

Roman Herzog in Freiburg

Freiburg: „Unsere Verantwortung für die Freiheit" hieß das Thema einer Vortragsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Freiburg, auf der Staatssekretär Prof. Dr. Roman Herzog sprach.

Als Kernfrage der politischen Auseinandersetzung bezeichnete Herzog dabei die Grenze zwischen freier Solidarität einerseits und vom Staat verordneter Solidarität andererseits. Er wies auf die Gefahren zu starken Engagements des Staates hin und forderte zu Einzelinitiativen auf. Es sei eine wesentliche Aufgabe der Gegenwart, Freiheit auszuüben und sie verantwortungsbewußt wahrzunehmen.

Im Anschluß an den Vortrag von Professor Herzog überbrachte Michael Feist als stellvertretender Landesvorsitzender des EAK einen Gruß von Justizminister Bender und schilderte Aufgaben und Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises. Der Bericht des bisherigen Vorsitzenden im EAK-Freiburg leitete über zu den Neuwahlen. Gewählt wurde ein Vorstand für den Evangelischen Arbeitskreis in Freiburg-Stadt und Land. Vorsitzender wurde Herr Joachim König, Stellvertreterin Frau Wagner, Beisitzer Frau Peter und die Herren Engler, Professor Löwisch, Dr. Tiesler und Pfarrer Waetzel.

Der Kreisvorsitzende der CDU, Hans-Michael Ramminger, wünschte dem neuen Vorstand eine fruchtbare und lebendige Arbeit.

„Härteste Anforderung an Christentum"

Salzgitter: Der Evangelische Arbeitskreis im CDU-Landesverband Braunschweig führte eine Vortragsveranstaltung mit Professor Dr. Günter Rohrmoser, Stuttgart, durch.

Professor Rohrmoser dürfte den Teilnehmern an der diesjährigen Bundestagung des EAK in Siegen durch seinen aufrüttelnden Vortrag

„Gedanken zu den Überlebenschancen unserer Demokratie" noch gut in Erinnerung sein.

Der Landesvorsitzende des EAK Braunschweig, Ratsherr Ernst von Essen, konnte eine große Zahl von Teilnehmern im „Gästehaus" der Salzgitter AG begrüßen. Dankend wandte er sich dabei an die zahlreich erschienenen katholischen Glaubensbrüder und -schwestern mit dem Hinweis, daß die Herausforderung uns Christen gemeinsam treffe und auch gemeinsam verantwortet werden müsse.

In seinen Ausführungen appellierte der Stuttgarter Ordinarius für Sozialphilosophie an seine Zuhörer, dem Evangelischen Arbeitskreis mehr geistiges Gewicht zu verleihen. Nach Ansicht von Günter Rohrmoser ist bereits seit mindestens zehn Jahren eine Kulturrevolution im Gange; dabei werde versucht, für den Menschen neue Werte und Normen zu setzen, die angeblich nur in einer sozialistischen Zukunft erfüllbar werden. Darin sah der Referent eine der härtesten Herausforderungen, der das Christentum jemals gegenübergestanden habe.

Die Zukunft der Demokratie hänge – wie Professor Rohrmoser weiter ausführte – entscheidend von der sozialen Sicherheit ab. Heute sei der Bürger wie in kaum einem anderen Staat gegen fast alle Lebensrisiken abgesichert. Die soziale Sicherheit sei nur aus der wirtschaftlichen Leistungskraft heraus möglich gewesen und auch weiterhin unlösbar mit ihr gekoppelt. Der CDU dürfe es nicht genügen, als „Partei der sozialen Marktwirtschaft" zu erscheinen. Die Marktwirtschaft dürfe nicht als Dogma behandelt werden. Sie sei jedoch so lange unerläßlich, wie es keine praktikable Alternative zu ihr gebe.

Protestantismus soll Beitrag zur Grundwertediskussion leisten

Solingen: Der CDU-Politiker und stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK, Professor Dr. Roman Herzog (Mainz) hat den deutschen Protestantismus aufgefordert, einen eigenständigen Beitrag zur Aus- und Auffüllung der Grundwertediskussion zu leisten. Bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU auf Schloß Burg bei Solingen unterstrich Staatssekretär Professor Dr. Herzog, dieses Diskussion dürfe nicht nur vom naturrechtlichen Standpunkt aus bestimmt werden. Ähnlich äußerte sich der Bonner Theologie-Professor Martin Honekker. Er bezeichnete die Grundwerte als die gemeinsame Basis von Kirche und Welt, trat aber für die klare Trennung von Grundwerten und Grundrechten ein. Die heute wichtigste Frage laute, was der Staat tun dürfe, ohne die gesellschaftlichen Kräfte des einzelnen zu verletzen. Auch gab Honecker zu bedenken, daß es nicht „unsere Aufgabe" sei, Kritik an der theologischen Amtsführung in der DDR zu üben. Nachdrücklich wies er die Angriffe gegen Bischof Krusche zurück, die vom Brüsewitz-Zentrum ausgegangen waren.

Der Arbeitskreis hatte zu diesem Treffen eingeladen, um kirchliche Mitarbeiter und CDU-Mitglieder zu einem Gespräch über das Thema „Ethische Maßstäbe politischen Handelns" zusammenzubringen. Unter den unerwartet vielen Teilnehmern waren mehrere Bundestags- und Landtagsabgeordnete. Zur Einleitung hatte der Bundesgeschäftsführer des EAK, Dr. Peter Egen, dazu aufgefordert, das reformatorische Prinzip der Mündigkeit im protestantischen Bereich zur Geltung zu bringen. Gerade der Protestantismus sollte die Arbeit der politischen Parteien auf möglichst breiter Ebene kritisch begleiten.

Die Diskussionsleitung dieser von 180 Personen besuchten Veranstaltung lag bei dem EAK-Landesvorsitzenden Rheinland, Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL.

Der Christ hat eine politische Aufgabe

Karlsruhe: „Was uns von den Marxisten unterscheidet, ist die Orientierung an der Würde und Unverfügbarkeit des Menschen". Dies war eine der zentralen Aussagen, mit denen der geschäftsführende Vorsitzende des Landesverbandes Baden im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU, Michael Feist, vor dem Hintergrund des in Diskussion befindlichen Grundsatzprogramms der CDU den Auftrag der Christen im politischen Leben definierte. Feist, der in Vertretung des kurzfristig verhinderten Landesvorsitzenden Dr. Traugott Bender referierte, betonte den Vorrang der Einmaligkeit des Einzelnen auch als politischen Maßstab vor jeder Einordnung als Glied der Gesellschaft.

Die Diskussion unter der Leitung der Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Karlsruhe, Frau Stadträtin Ruth Kühlewein, führte diesen Ansatz weiter sowohl in die Richtung einer stärkeren Herausarbeitung des Christlichen im Menschenbild der CDU als auch in Richtung des Grundsatzes, daß zur persönlichen Freiheit zugleich die entsprechende Verantwortung gehört. Zu den unseren Rechtsstaat tragenden Ideen der Freiheit und Gleichheit gehöre ganz wesentlich eine christliche Vorgeschichte. Deren praktische Folgerungen aber müßten auch außerhalb religiöser Maßstäbe Anerkennung finden. Freiheit und Verantwortung als konkretes, aktuelles Thema wurden insbesondere am Beispiel des Gesundheitswesens diskutiert.

EAK behandelt Schulpolitik

Pinneberg: Der kurz vor der Sommerpause gegründete EAK im Kreis Pinneberg nahm im Oktober 1977 seine öffentliche Arbeit auf. In einer von sechzig Mitgliedern und Freunden besuchten Vortragsveranstaltung in Rellingen sprach Landesschuldirektor Schäfer aus Kiel über „Bildungs- und Erziehungsziele in schleswig-holsteinischen Schulen". Dabei ging der Landesschuldirektor von der die Christen im Lande besonders bewegenden Frage aus, ob unsere Schule überhaupt noch einen christlichen Grundcharakter habe. Das Vorhandensein eines christlichen Grundcharakters begründete er geschichtlich damit, daß das sogenannte Abendland vom Christentum mit geprägt sei, und das ebenso unsere Normenvorstellungen einen christlichen Ursprung haben. Gegen den häufig erhobenen Einwand, der § 4 des neuen Schulgesetzes mache den christlichen Grundcharakter nicht genügend deutlich, verwies der Landesschuldirektor auf die zum Referentenentwurf dieses Gesetzes

erstaunlich zahlreich eingegangenen Verbesserungsvorschläge, die alle mit großem Fleiß durchgearbeitet und nach vielen Beratungen im Gesetzentwurf berücksichtigt worden sind.

Das sich anschließende Gespräch mit dem Landesschuldirektor, das Hans Bleckmann als EAK-Vorsitzender leitete, bezeugte das große Interesse der jetzigen Elterngeneration an der Schule.

Dieser Anfang der Arbeit des EAK im Kreis Pinneberg läßt für die Zukunft auf ein unvermindertes Interesse und eine zahlreiche Zuhörerschaft schließen.

Jetzt auch Evangelischer Arbeitskreis der Österreichischen Volkspartei (ÖVP)

Wien: Am 23. Juni dieses Jahres hatte sich in Wien der EAK der ÖVP, unserer österreichischen Schwesterpartei, neu konstituiert. In den Vorstand wurden gewählt: Kurt Landgraf, Abgeordneter zum Nationalrat (Vorsitzender), Univ. Prof. Dr. Christoph Link und Karl Chytil (Stellvertreter) und Robert Kauer (Geschäftsführer).

Diesen Herbst hat der Arbeitskreis seine Tätigkeit aufgenommen, ein erstes Regionaltreffen für den Raum Wien-Niederösterreich-Burgenland hat am 17. November dieses Jahres in Wien stattgefunden. Im relativ starken Besuch – mehr als ein Drittel aller Eingeladenen war erschienen, darunter auch die beiden evangelischen ÖVP-Abgeordneten im burgenländischen Landtag Franz Marx und Julius Nikles – und in der lebhaften Diskussion kam das rege Interesse an diesem Neubeginn zum Ausdruck.

Wie war es zu dieser Neukonstituierung gekommen und welche Aktivitäten plant der EAK der ÖVP in nächster Zeit?

Die Lage der Evangelischen in Österreich ist eine besondere: Von den rund 7,5 Millionen Einwohnern Österreichs gehören nur etwa 400 000, im Durchschnitt also 5,5 %, der lutherischen oder der reformierten Kirche an. Regional schwankt der Anteil zwischen 2,74 % in Tirol und 14,23 % im Burgenland, Wien hält mit fast 8 % die Mitte. Kommt schon aus diesen Zahlen zum Ausdruck, wie schwer und wechselvoll die Geschichte der Evangelischen und ihrer Kirchen in Österreich war, so wird deutlich, wie Schwierigkeiten und Belastungen aus der Geschichte auch heute noch fortwirken, wenn man feststellt, wie es mit der Beteiligung der Evangelischen in der Österreichischen Volkspartei, der Schwesterpartei von CDU und CSU steht. In Wien – Bevölkerungsanteil der Evangelischen ca. 8 % – ist nur einer von den 31 Gemeinderäten der ÖVP evangelisch. In Kärnten – Anteil ca. 11 % – ist es keiner von den 12 Landtagsabgeordneten und im Nationalrat – dem österreichischen Parlament – ist von den 80 Abgeordneten auch nur einer evangelisch, das sind 1,3 % gegenüber dem Anteil von 5,5 %.

So wenig inneren Aussagewert solche Prozentrechnungen auch haben, sie signalisieren immerhin, daß Probleme aufzuarbeiten wären.

Gerade dieser Befund hat schon zu Anfang der sechziger Jahre zu ersten Versuchen geführt, einen EAK in der ÖVP zu formieren, die jedoch leider nur von kurzer Dauer waren.

Im zweiten Anlauf wird nun versucht, die Arbeit von der Basis her neu aufzubauen, und zwar mit einer flexiblen Organisation, geführt von einem kleinen aktiven Vorstand. Für diese Aufbauphase plant der EAK der ÖVP Aktivitäten, die sich in drei Gruppen zusammenfassen lassen:

- Evangelischen Mitgliedern der ÖVP, insbesonders Mandataren und Funktionären sollen zusätzliche Möglichkeiten der Information und zu Kontakten angeboten werden.
- Für die „Ideologiedebatte", die Diskussion über Grundwerte, sollen Beiträge erarbeitet werden, die bewußt von evangelischen Positionen ausgeben.
- Nach außen will der EAK signalisieren, daß Evangelische in der ÖVP präsent und aktiv sind.

Nach dem Start der Arbeit in Wien werden ähnliche Regionaltreffen noch heuer, bzw. zu Anfang des nächsten Jahres in Oberösterreich und in der Steiermark stattfinden. Im Frühjahr 1978 wird eine gesamtösterreichische Tagung am 19. und 20. Mai 1978 in Perchtoldsdorf bei Wien mit Staatssekretär Professor Dr. Roman Herzog – dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden des EAK der CDU/CSU – als einem der Hauptreferenten stattfinden.

Der Neuaufbau einer solchen Arbeit ist natürlich schwierig, aber die Vorzeichen erscheinen günstig: dank der Unterstützung durch die Parteiführung der ÖVP und dank der großzügigen Förderung durch die Bundesgeschäftsführung des EAK der CDU/CSU sollte das Unternehmen gelingen.

R. K.

Evangelische Verantwortung – Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.